

Niederschrift

über die 14. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in seiner 6. Wahlperiode am
12.12.2001
im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar (Vertreten)	CDU-Fraktion
Senft, Harald	
Vertreter für Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred (Vertreten)	SPD-Fraktion
Tonn, Elisabeth	
Vertreterin für Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Liebe, Luda	Fraktion MBM/F.D.P.
Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Warden, Marion	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Thomanek, Georg	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Herforth, Gisela	Verwaltung

Frömmer, Martin	Verwaltung
Lehmacher, Theo	Verwaltung
Peters, Kurt	Verwaltung
Berg, Annette	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Opherden, Werner	Verwaltung
Hein, Manfred	Verwaltung
Boldt, Günther Schriftführer	Verwaltung

Beginn der Sitzung 16:08 Uhr

Ende der Sitzung 21:44 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- | | | |
|-------|-----------|--|
| Ö 1. | | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit |
| Ö 2. | | Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil- |
| Ö 3. | 2001/0571 | Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung |
| Ö 4. | 2001/0502 | Annahme einer Schenkung: Spiel- und Kletterschiff vom Schulverein der Astrid-Lindgren-Schule |
| Ö 5. | 2001/0576 | Sporthalle Sandberg
Genehmigung einer Veranstaltung |
| Ö 6. | 2001/0560 | Ausbau des archäologischen Museums Haus Bürgel |
| Ö 7. | 2001/0566 | Integrationsvereinbarung |
| Ö 8. | 2001/0583 | Satzung zur 22. Änderung der 'Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 12.02.1982' |
| Ö 9. | 2001/0537 | Satzung zur 6. Änderung der 'Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein' |
| Ö 10. | 2001/0540 | Satzung zur 8. Änderung der 'Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 23.12.1994' |
| Ö 11. | 2001/0562 | Zustimmung zur überplanmäßigen Mittelbereitstellung für die Beschaffung einer Kehrmaschine |
| Ö 12. | 2001/0592 | Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Erneuerung der Klappertorstraße einschließlich Radweg und für die Erneuerung Frohnkamp |
| Ö 13. | 2001/0557 | Haushaltssatzung, Haushaltsbuch und Haushaltsplan 2002 - in Verbindung damit: Zuschussantrag des Tierheims Hilden |
| Ö 0. | | Bürgerfragestunde |
| Ö 14. | 2001/0572 | Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2001 - 2005 |
| Ö 15. | | Mündliche Mitteilungen |
| Ö 16. | | Mündliche Anfragen |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|--------|-----------|---|
| NÖ 17. | | Feststellung der Beschlussfähigkeit |
| NÖ 18. | | Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - nichtöffentlicher Teil- |
| NÖ 19. | 2001/0573 | Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung |
| NÖ 20. | 2001/0545 | Stellenplan 2002 |
| NÖ 21. | 2001/0574 | Personalangelegenheit |
| NÖ 22. | 2001/0536 | Grundstücksangelegenheit |
| NÖ 23. | 2001/0580 | Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung Personalangelegenheit |
| NÖ 24. | 2001/0591 | Grundstücksangelegenheit - rechtliche Prüfung |
| NÖ 25. | 2001/0595 | Personalangelegenheit |
| NÖ 26. | 2001/0598 | Vergabeangelegenheit |
| NÖ 27. | | Mündliche Mitteilungen |
| NÖ 28. | | Mündliche Anfragen |

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Dünchheim eröffnet die 14.Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

Ö 3. 2001/0571 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung zur Kenntnis.

Ö 4. 2001/0502 Annahme einer Schenkung: Spiel- und Kletterschiff vom Schulverein der Astrid-Lindgren-Schule

Der Ausschuss beschließt:

1. Das vom Schulverein der Astrid-Lindgren-Schule zur Verfügung gestellte Spiel- und Kletterschiff wird als Schenkung angenommen.
2. Mit der Inbetriebnahme des Spielgerätes geht die Unterhaltung und die Verkehrssicherungspflicht auf die Stadt Monheim am Rhein über.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Ö 5. 2001/0576 Sporthalle Sandberg
Genehmigung einer Veranstaltung**

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Firma Safe-Tec GmbH, die das Brandschutzgutachten für die Sporthalle Sandberg erstellt habe, heute selbst vertreten sei. Ein Sprecher der CDU-Fraktion führt aus, dass sich nach Durchsicht des Brandschutzgutachtens noch folgende Punkte ergeben, die geklärt werden müssen bzw. dann auch in den Vertrag mit dem Veranstalter aufgenommen werden sollten:

1. Die Löschwassermenge von 192 m³ muss sichergestellt sein.
2. Die Frischluft rate von 30 m³ je Person muss gewährleistet werden. Die vorhandene Lüftungsanlage erfüllt laut dem Gutachten diesen Wert nicht.
3. Die Notausgänge müssen durch Personal freigehalten werden.
4. Für die Betätigung der Entrauchungsventilatoren ist ein Verantwortlicher namentlich zu benennen.
5. Eine zweite unabhängige Stromeinspeisung bzw. ein Notstromaggregat muss die Energie der Ventilatoren sicherstellen.

Unter diesen vorgenannten Voraussetzungen werde die CDU-Fraktion einer Genehmigung der Veranstaltung zustimmen und zwar bei einer Personenzahl an den Tischen von 960 und für die Tribüne von 200. Die Höchstzahl von 1160 Personen müsse vom kommunalen Ordnungsdienst sichergestellt werden, d. h. an den Eingangstüren müssen die Personen gezählt werden.

Der Bürgermeister bemerkt, dass die Zahl von 200 Personen für die Tribüne genannt werde. Das Gutachten gehe von 300 Personen aus. Er fragt, ob es dafür Gründe gebe.

Der Sprecher der CDU-Fraktion entgegnet, man habe mit Personen, die bereits an den bisherigen Veranstaltungen teilgenommen haben, gesprochen. Es gebe ja keine Ablage für Gläser, Aschenbecher, Flaschen etc..Diese Dinge stehen den Leuten vor den Füßen. Jemand, der durch die Reihen gehen müsse, würde darüber stolpern. Außerdem würden die Fluchtwege durch die Fässer, Flaschen und dergleichen eingeengt. Eine Karnevalsveranstaltung sei nicht mit einer normalen Veranstaltung zu vergleichen. Daher halte man die Zahl von 200 Personen für die Tribüne für richtig.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion führt aus, dass man die Vorlage so verabschieden könne, wie der Gutachter dies vorgeschlagen habe. Die Erfüllung der Auflagen sollte von der Verwaltung überwacht werden. Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass den Zusatzanträgen der CDU-Fraktion insgesamt zugestimmt werde. Zu der Frage einer Einlasskontrolle könne er sich alternativ vorstellen, dass durch das Nachhalten des verkauften Kartenkontingents der gleiche Zweck erfüllt wird, ohne dass der kommunale Ordnungsdienst tätig wird, was ggfls. bei der Veranstaltung stören würde. Daher würde er der CDU-Fraktion vorschlagen, sich darauf zu einigen, dass der Veranstalter das Kartenkontingent nachweist.

Der Vertreter der Firma Safe-Tec GmbH erklärt auf Befragen, dass gegen eine entsprechende Erhöhung der Personenzahl für die Tribüne auf ca. 300 Personen keine Bedenken bestehen.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion bemerkt, man habe Sicherheitsbedenken. Wenn keine Kontrolle an den Eingängen durchgeführt werde, würden die Vorgaben nicht eingehalten.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion sowie ein weiterer Sprecher der SPD-Fraktion betonen, es sei doch ziemlich vermessen, dem Veranstalter von vornherein zu unterstellen, er würde die Auflagen nicht einhalten. Durch das Gutachten werde dies sichergestellt. Die Veranstaltung sollte mit den Auflagen genehmigt werden. Wenn das Gutachten für die Tribüne schon 300 Personen zulasse, sollte man sich auch danach richten.

Der Bürgermeister ist der Meinung, sich jetzt nicht um die Zahl 200 oder 300 Personen zu streiten. Eine verträgliche Zahl, ob 250 Personen oder mehr oder weniger, sollte gefunden werden. Er schlägt daher vor, sich mit dem Veranstalter die Tribüne anzusehen und Markierungen festzulegen, damit genügend Freiräume sichergestellt werden. Die Zahl der Personen würde sich dann ergeben. Eine Kontingentkontrolle werde der Ordnungsbehörde - kommunaler Ordnungsdienst - überlassen. Ggfls. könne die Kontrolle auch von den Verantwortlichen durchgeführt werden. Es sei aber klar, dass kontrolliert werden müsse.

Der Ausschuss beschließt:

Unter Beachtung folgender 8 Punkte wird der Veranstaltung zugestimmt:

1. Die Löschwassermenge von 192 m³ muss sichergestellt sein.
2. Die Frischluft rate von 30 m³ je Person muss gewährleistet werden.
3. Die Notausgänge müssen durch Personal freigehalten werden.
4. Für die Betätigung der Entrauchungsventilatoren ist ein Verantwortlicher namentlich zu benennen.
5. Eine zweite unabhängige Stromeinspeisung bzw. ein Notstromaggregat muss die Energie der Ventilatoren sicherstellen.
6. Der kommunale Ordnungsdienst hat eine Kontingentkontrolle durchzuführen. Diese Kontrolle kann ggfls. auch den Verantwortlichen überlassen werden.
7. Das Kontingent für die Tribüne ist zu klären (200 Personen, 300 Personen). Es sollte in das Ermessen der Bauaufsicht oder der Brandschutzbehörde gestellt werden, hier durch entsprechende Abmarkierungen Lösungen zu finden, damit man im Brandfall auf der Tribüne auch laufen kann.
8. Der Veranstalter wird von Gegenleistungen freigestellt.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Nutzungsvertrag mit dem Veranstalter abzuschließen, in dem diese vorgenannten 8 Punkte eingearbeitet sind.

An der Bausubstanz der Sandberghalle dürfen keine Veränderungen vorgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 6. 2001/0560 Ausbau des archäologischen Museums Haus Bürgel

Die Konzeption für den Innenausbau des Museums wird von der Verwaltung - Geschäftsführer der Interessengemeinschaft Urdenbacher Kämpe-Haus Bürgel e.V. - vorgestellt. In der Satzungsänderung gehe es darum, dass dann, wenn der Verein liquide werden sollte, die Stadt eintritt.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion hat folgende kritische Anmerkungen zur Anbindung Haus Bürgel:

Haus Bürgel wird einmal angedient über einen Wirtschaftsweg von der Urdenbacher Straße aus. Dieser Weg geht dann durch als Wirtschaftsweg bis hin zur Querverbindung zwischen dem Baumberger Campingplatz und der Rheinfähre. Die Stadt hat nach langen Verhandlungen u.a. mit der Gräflich-Nesselrodischen Verwaltung erwirkt, dass die Stadt diesen Weg instandsetzen kann. Vor wenigen Tagen hat die Verwaltung mit den Sanierungsmaßnahmen dieses Weges angefangen, der eigentlich Haus Bürgel direkt erschließt. Vollkommen unverständlich ist, wie die Verwaltung bezüglich der Befestigung vorgegangen ist. Zu winterlicher Jahreszeit wurden die nassen Wege mit Bodenaushub aus der Heinrich-Späth-Straße überschüttet, in Kenntnis, dass dort Grundwasserschutzzone 2 ist, wo nur Z 0-Material eingebracht werden darf. Danach wurden Bruchziegel der Fa. Braas dort aufgebracht, was nach der Gesetzeslage auch nicht zulässig ist, da es sich um Recycling-Material handelt. Aufgrund einer Intervention des zuständigen Landschaftswächters bei der Kreisbehörde musste die Stadt dieses Bruchziegelmaterial wieder entfernen. Nun wurde geplant, auf den Unterbau aus der Heinrich-Späth-Straße Schotter aufzubringen, der dreimal so teuer wie normaler Schotter ist, denn es muss sich um Material handeln, was in der Grundwasserzone verträglich ist.

Von dem Sprecher der CDU-Fraktion werden dann folgende Fragen gestellt:

1. Wie hoch liegen die Mehrkosten dadurch, dass jetzt dieser teure Schotter eingebaut werden muss und wie hoch sind die Mehrkosten für das fälschliche Einbringen und wieder Entfernen der Bruchziegel?
2. Wann ist an die Umsetzung des Schotterauftrages gedacht? Er würde dringend anregen, zu der jetzigen Jahreszeit davon Abstand zu nehmen.

Desweiteren möchte er festgehalten wissen, dass ein solch dilettantisches und von Sachkenntnis wenig geprägtes Handeln in der freien Wirtschaft zu anderen Maßnahmen geführt hätte. Er behalte sich vor, anzuregen - je nach dem, wie hoch die Mehrkosten sind - der Sache disziplinarrechtlich nachzugehen. Auch nach den jahrelangen schwierigen Verhandlungen bei diesem heiklen Thema hätten die betreffenden Bediensteten wenig Fingerspitzengefühl gezeigt. Die Fragen hätte er gerne schriftlich beantwortet.

Der Bürgermeister sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Er teilt ergänzend mit, dass der verantwortliche Mitarbeiter zwar ein guter und fleißiger, aber ein noch recht junger Mitarbeiter ist, der auch noch nicht lange bei der Stadt tätig ist. Insofern würde er ihn in Schutz nehmen. Die Probleme habe man erkannt. Es werde versucht, diese so rasch wie möglich zu lösen. Er werde das in der schriftlichen Beantwortung so umfassend wie möglich darstellen.

Auf Rückfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt der Geschäftsführer (Verwaltung), dass die schriftliche Finanzierungszusage der NRW-Stiftung für den Innenausbau vorliege.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die mündlichen Ausführungen zum Ausbau des archäologischen Museums werden zur Kenntnis genommen.
2. Der von der NRW-Stiftung geforderten Änderung der Satzung der Interessengemeinschaft Urdenbacher Kämpfe – Haus Bürgel e. V. wird zugestimmt. Die vom Rat der Stadt Monheim am Rhein in den Vorstand der Interessengemeinschaft entsandten Personen werden angewiesen, in der Mitgliederversammlung im Sinne des Ratsbeschlusses abzustimmen.

Die der Beschlussvorlage beigelegte Satzungsänderung ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 7. 2001/0566 Integrationsvereinbarung

Der Ausschuss beschließt:

Die vorliegende Integrationsvereinbarung gem. § 83 Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX) wird beschlossen und tritt mit Wirkung zum 01.01.2002 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 8. 2001/0583 Satzung zur 22. Änderung der 'Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 12.02.1982'

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion bittet um Information, warum die Unterdeckung aus dem Jahre 1999 nicht bereits im letzten Jahr aufgegriffen wurde und in die Gebührensatzung eingeflossen ist.

Die Verwaltung erläutert, dass man im letzten Jahr zwar eine Gebührensatzungsänderung vorgeschlagen habe. Diese Satzungsänderung sei dann aber im Hinblick auf die Diskussion "Umstellung auf den Flächenmaßstab" und anderer Fragen zurückgezogen und nicht beschlossen worden. Insofern hatte man dann für das Jahr 2001 keine neue Gebührensatzung.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion entgegnet, man habe im letzten Jahr hier vor Ort über die notwendige Umstellung auf den Flächenmaßstab gesprochen. Dass deshalb die Gebührensatzung nicht verabschiedet wurde, ist nochmal eine Erinnerung daran gewesen. Jetzt sei es aber ein unglaublicher Zustand, dass man nach einem Jahr immer noch in der Situation sei, für das nächste Jahr auf der Basis dieser alten Regelung, die einheitlich hier im Rat als nicht glücklich empfunden worden ist, wieder eine Gebührensatzung beschließen zu sollen. Dieser Gebührensatzung auf dieser Basis zuzustimmen, weigere man sich. Eine Zustimmung, wo man eigentlich etwas anderes beschlossen habe, sei nicht zumutbar.

Der Bürgermeister erwidert dazu, dass man in der Tat eine weitere Person befristet hätte einstellen müssen, um die Umschaltung auf den Flächenmaßstab hinzubekommen. Das habe man wegen der finanziellen Krise nicht gewollt. Insofern galt es hier, aus Gründen der Sparsamkeit auf diese Maßnahme zu verzichten. Die Umstellung auf den Flächenmaßstab soll daher erst im nächsten Jahr angegangen werden.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Satzung zur 22. Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 12.02.1982“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenbedarfsberechnung sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P.)

Dagegen 5 Stimmen (SPD)

Ö 9. 2001/0537 Satzung zur 6. Änderung der 'Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein'

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Verwaltung die Vorlage zurückzieht. Er führt dazu aus, dass man am gestrigen Tage ein Spitzengespräch mit Vertretern der LEG hatte, bei dem nochmal die fünf Eckpunkte der beabsichtigten Ordnungsverfügung angesprochen wurden. Dieses Gespräch habe zu keinen konkreten Ergebnissen geführt. Man sei damit auseinander gegangen, zunächst in der kommenden Woche ein Handlungskonzept der LEG abzuwarten. Die Stadt habe Ideen präsentiert, die möglicherweise dazu führen, dass man keine ordnungsbehördlichen Maßnahmen brauche. Die Anregung der Stadt gehe dahin, in der Tat gesondert für jedes Haus Müllabstellplätze zu schaffen, die abschließbar sind. Dies werde von der LEG geprüft. Auch würden Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten geprüft. Es sei auch die Frage nach einem vorzeitigen Ausstieg aus der Schleusenproblematik gestellt worden. Seitens der Verwaltung sei darauf hingewiesen worden, dass man einen klaren politischen Auftrag habe. Diesen wolle man als Verwaltung dergestalt wahrnehmen, dass die ordnungspolitischen Kernfragen geklärt werden, bevor man vorzeitig als Verwaltung der Politik eine andere Handlungsweise empfehlen müsse. An dieser Stelle weise er ausdrücklich darauf hin, dass derzeit die Verwaltung das Projekt Müllverwiegung ganz und gar nicht für gescheitert erkläre.

Auf die Frage der Vorsitzenden der SPD-Fraktion zu dem Grund der Zurücknahme der Vorlage zur Änderung der Gebührensatzung und wann dann über die Satzung entschieden werde, erklärt der Bürgermeister, dass er der LEG Gelegenheit geben möchte, zu verschiedenen Fragen Stellung zu nehmen. Insbesondere gehe es auch um den Plan der LEG, 150 Restmülltonnen abzuziehen, was zum einen nach der Satzung unzulässig ist und zum anderen bewirken würde, dass die Grundgebühren für die restlichen Eigentümer steigen würden. Die offenen Punkte würden in der nächsten Woche geklärt. Über die Satzung werde dann in der nächsten Ratssitzung am 20.12.2001 entschieden.

Ö 10. 2001/0540 Satzung zur 8. Änderung der 'Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 23.12.1994'

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Satzung zur 8. Änderung der „Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 23.12.1994“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung sowie die Gebührenkalkulation sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 11. 2001/0562 Zustimmung zur überplanmäßigen Mittelbereitstellung für die Beschaffung einer Kehrmaschine

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Gemäß § 82 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 100.000 € bei der Haushaltsstelle 7700.9350.00 erteilt.

Die Deckung erfolgt entsprechend dem Haushaltsentwurf im Haushalt 2002 durch Veranschlagung bei der o. a. Haushaltsstelle.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 12. 2001/0592 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Erneuerung der Klappertorstraße einschließlich Radweg und für die Erneuerung Frohnkamp

Der Bürgermeister teilt mit, dass diese Vorlage ebenfalls zurückgezogen werde. Man habe ein unumstößliches Problem hinsichtlich des gemischten Rad- und Fußweges. Die Sache sei im Fachausschuss nochmals beraten worden. Zurecht werde eingewandt, dass Leute, die aus der Haustür treten, prompt von Radfahrern angefahren werden. Lösungen könnte evtl. der Verkehrsentwicklungsplan im nächsten Jahr aufzeigen. Hinsichtlich der Bezuschussung habe man geprüft, dass eine Entscheidung auch durchaus später, und zwar im neuen Haushaltsjahr, getroffen werden könne.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion fragt, wann an eine Entscheidung denn zu denken sei. Man wolle den Radweg schon seit Jahren, aber seit Jahren werde die Entscheidung immer wieder verschoben. Wenn die Vorlage wegen noch ausstehenden Klärungsbedarfs heute zurückgezogen werde, erkläre man sich damit einverstanden. Aber die Angelegenheit sollte schnellstmöglich und zeitnah umgesetzt werden.

Der Bürgermeister entgegnet, dass der Verkehrsentwicklungsplan noch nicht eingebracht und beschlossen sei. Wenn der Verkehrsentwicklungsplan durch eine Herabstufung der Straße gestattet, den Radweg anders zu gestalten oder zu separieren, sollte das gemacht werden. Das müsse abgewartet werden. Man könne, wie bereits gesagt, durchaus die Entscheidung in der Januar- oder Februarsitzung des zuständigen Fachausschusses im nächsten Jahr treffen.

Eine Sprecherin der SPD-Fraktion weist darauf hin, dass vor mehr als einem Jahr in Bezug auf die Erneuerung Frohnkamp die Verwaltung zugesagt habe, in einer der nächsten Sitzungen im Jahr 2001 des zuständigen Fachausschusses über ihre Vorstellungen zu informieren. Die Erneuerung Frohnkamp erscheine jetzt hier in der Vorlage, obwohl eine Beratung im Fachausschuss noch nicht stattgefunden hat.

Die Verwaltung erklärt, dass die Ausbauplanung in der nächsten Sitzung des Fachausschusses vorgestellt werden soll.

Ö 13. 2001/0557 Haushaltssatzung, Haushaltsbuch und Haushaltsplan 2002 in Verbindung damit: Zuschussantrag des Tierheims Hilden

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion trägt den folgenden aus drei Teilen bestehenden und bereits verteilten Antrag der CDU-Fraktion vor:

1. Haushalt UA 8800.3400.01 Grundstücksverkäufe

Erhöhung der Einnahmeposition von € 1,5 Mio auf € 4,5 Mio durch Grundstückserlös durch Verkauf der Fläche an der Geschwister-Scholl-Str.

2. Haushalt UA 8300.7150.00 Verlustabdeckung MVV

Reduzierung der Verlustabdeckung von € 1,25 Mio auf € 0 durch die geplante Zusammenführung von EWM und GVM und die dadurch zu erwartenden Erlöse aus Anteilsveräußerung

3. Haushalt UA 3000.1760.00 Stiftungserlös

Ansatzserhöhung von € 0 auf € 400.000 durch satzungsgemäße Verwendung des Stiftungsertrages.

Durch diese drei Änderungen werde eine Reduzierung des Haushaltsdefizites um € 4,65 Mio erreicht.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert, bis zur Einbringung dieses Antrages sei er davon ausgegangen, dass die Grünen den Haushalt unterstützen würden. Jetzt werde das verneint werden müssen. Er sei der Meinung, aufgrund des Antrages mit den 3 Haushaltsstellen bedürfe es einer ganz neuen Beratung. Es seien alles Dinge, die man prognostizieren könne, die aber nicht feststehen. Der Antrag sei daher nicht besonders seriös, da vieles vorweggenommen und man in der Entscheidungsfreiheit gebunden werde.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion bemerkt, dass jeder Grundstücksverkauf gewisser Voraussetzungen bedürfe, die nicht gegeben seien. In diesem Zusammenhang beantragt sie eine detaillierte Aufstellung aller städtischen Grundstücke. Sie wolle nicht wissen, welche Grundstücke zum Verkauf anstehen, sondern sie möchte wissen, welche städtischen Grundstücke es überhaupt noch gibt. Zum Thema MVV wird zunächst im Aufsichtsrat zu diskutieren sein. Im Punkt drei werde das Geld jetzt unter Vorgriff auf eine satzungsgemäße Verwendung festgelegt, ohne zu sagen, welche Verwendung die Stiftung überhaupt vorsieht. Das sei nicht seriös. Die SPD-Fraktion könne den Vorschlägen so nicht zustimmen. Die CDU-Fraktion gehe mit ihren Vorschlägen den einfachen Weg. Das könne man nicht gut heißen.

Die Vertreterin der MBM/F.D.P.-Fraktion führt aus, sie könne sich nur den Äußerungen der Vorrednerin anschließen. Die Vorschläge der CDU-Fraktion seien doch noch alles recht hypothetische Dinge. Sie würde ebenfalls um eine Aufstellung der noch vorhandenen Grundstücke bitten. Zum dritten Punkt sei zudem anzumerken, dass die Stiftungsgelder eigentlich ja für Dinge aus dem kulturellen und sozialen Bereich ausgegeben werden sollten. Das werde damit jetzt ziemlich zunichte gemacht.

Der Bürgermeister sagt zu, die Liste über die noch vorhandenen Grundstücke zu erstellen.

Der Ausschuss beschließt:

Dem Antrag der CDU-Fraktion mit den aufgeführten drei Punkten wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, diese drei Punkte in den Haushaltsplanentwurf einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

dafür 8 Stimmen (BM, 7 CDU)

dagegen 6 Stimmen (5 SPD, Grüne)

Enthaltungen 1 Stimme (MBM/F.D.P.)

Einzelberatung der Produkte:

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen regt an, bei dem Produkt 1.1.11 - Standesamtswesen - bei der Betriebsstatistik ab dem kommenden Haushaltsjahr Partnerschaftsverträge aufzulisten. Durch das Lebenspartnerschaftsgesetz sei es seit August 2001 möglich, alternativ zur Eheschließung auch Partnerschaftsverträge zu schließen. Das werde hier in Monheim am Rhein auch so gehandhabt. Es sollte einfach nur statistisch aufgeführt werden.

Produkt 1.1.13

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt

1. als Zielvereinbarung festzuschreiben, dass der zuständige Fachbereich die Integration von ausländischen älteren Mitbürgern und Mitbürgerinnen als Aufgabe ab dem kommenden Jahr

betreibt und darüber auch Auskunft gibt, was geleistet wird und in Zukunft geleistet werden kann,

2. als Zielvereinbarung festzulegen, dass der zuständige Fachbereich im kommenden Jahr eine Geschäftsordnung und infolge konkrete Wahlvorbereitungen zur Einrichtung eines Seniorenbeirates trifft.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion erklärt, dass der Antrag auf Integration ausländischer Senioren Unterstützung finden würde. Der zweite Antrag findet eine Unterstützung ausdrücklich nicht. Man könne nicht für jede Gruppe der Bevölkerung, in diesem Fall die Senioren, die sich als Wahlberechtigte ohnehin überall engagieren können und auch tun, ein neues Gremium installieren. Einen Seniorenbeirat halte man für überflüssig.

Eine Sprecherin der SPD-Fraktion zeigt sich enttäuscht über die Haltung der CDU-Fraktion. Man diskutiere seit 3 Jahren über die Einrichtung eines Seniorenbeirates im Sozialausschuss. Im nächsten Jahr würde der Antrag sicherlich wieder gestellt.

Abstimmungsergebnisse:

1. Integration ausländischer älterer Mitbürger/innen als Zielvereinbarung = einstimmig
2. Erstellung einer Geschäftsordnung und einer Wahlordnung für die Gründung eines Seniorenbeirates als Zielvereinbarung
dafür 6 Stimmen (5 SPD, Grüne)
dagegen 9 Stimmen (BM, 7 CDU, MBM/F.D.P.)

Produkt 1.2.04 - Unterhalt -

Der Kämmerer teilt mit, er habe soeben die Information erhalten, dass das neue Unterhaltsvorschussgesetz des Landes beschlossen worden sei. Danach würden die Kommunen mit 80% am Landesanteil beteiligt. Bisher sei mit 60% kalkuliert worden. Das ergebe eine Wenigereinnahme von ca. 80.000 €

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Produkt 1.3.01 - Leistungen für ausländische Personen und Flüchtlinge

Antrag des Ausländerbeirates -

Der Bürgermeister teilt mit, dass es bei dem Antrag um einen Zuschuss in Höhe von 1.000 € geht.

Der Ausschuss beschließt:

Der Ausländerbeirat erhält zur Unterstützung von unterschiedlichen Projekten einen Zuschuss in Höhe von 1.000 € Am Jahresende ist ein Verwendungsnachweis vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Unterbringung ausländischer Flüchtlinge

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, die Frage der Unterbringung drücke sich darin aus, dass ausländische Flüchtlinge, zu deren Aufnahme die Stadt verpflichtet ist, vorübergehend in Übergangswohnheime untergebracht werden sollen. Er beantragt, dies wie folgt zu ergänzen, dass die Unterbringung von Familien möglichst dezentral in familiengerechten Unterkünften erfolgt.

Die Verwaltung entgegnet, dass dies nicht so gesehen werde. Die Unterkünfte reichen aus und seien auch für Familien zumutbar. Großfamilien würden ohnehin in der Rhenania-Straße untergebracht.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion hält eine Grundsatzentscheidung heute für verfrüht. Dieses Thema sollte in der nächsten Fachausschusssitzung beraten werden. Eine Sprecherin der SPD-Fraktion ist ebenfalls der Meinung, sich im zuständigen Fachausschuss darüber zu unterhalten.

Abstimmungsergebnis:
dafür 1 Stimme (Grüne)
dagegen 14 Stimmen (BM, 7 CDU, 5 SPD, MBM/F.D.P.)

Die Haushaltsberatung wird an dieser Stelle um 19.11 Uhr für die Durchführung der Bürgerfragestunde unterbrochen.

Bürgerfragestunde

Ein Bürger fragt, warum in einem konkreten Fall (Marienpark) eine Bürgeranhörung erfolgt ist, wenn nie gebaut werden sollte oder ist eine frühzeitige Bürgeranhörung nicht mehr als ein Theater oder eine Farce und warum geben sich dann führende Leute der Verwaltung und der Parteien dafür her.

Der Beigeordnete führt aus, der Rat der Stadt habe einen Aufstellungsbeschluss gefasst mit einem Prüfauftrag an die Verwaltung. Man habe dann sehr eingehend die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung in mehreren Sitzungen sehr kontrovers diskutiert. Es habe dann einen Offenlegungsbeschluss gegeben, der ausschließlich den ganzen Park als Grünfläche festgelegt hatte.

Dieser Bebauungsplan sei dann auch rechtsverbindlich geworden mit Ausnahme der Burg selbst. Gegen diesen Beschluss habe der Grundstückseigentümer dann im Zuge einer Normenkontrollklage das Oberverwaltungsgericht angerufen. Diesen Prozess habe der Grundstückseigentümer dann verloren.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt dazu, er habe sich gewundert, dass über die mit diesem Antrag verbundene Annahme der Schenkung einer Parkbank im Fachausschuss beschlossen wurde. Er sei der Meinung, dass der Bürgermeister nach der Zuständigkeitsordnung über die Annahme der Schenkung hätte entscheiden können, da der Betrag für die Bank doch wohl nicht über 5.000 € liegt. Der Bürgermeister erwidert, dass das so nicht gesagt werden könne. Die Bank oder Bänke, die man ausgesucht habe, seien sehr attraktiv. Ansonsten sollte man sich noch einmal zusammensetzen und eine einvernehmliche Fassung des Textes auf dem Stiftungsschild finden.

Ende der Bürgerfragestunde: 19.16 Uhr

Die Sitzung wird bis 19.30 Uhr zur Einnahme einer Erfrischung unterbrochen.

Produkt 1.3.11 - Ordnungsangelegenheiten -

Antrag des Tierheimes Hilden auf Bewilligung eines Investitionszuschusses zur Sanierung des Tierheimes in Höhe von 100.000 DM

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion erklärt, dem Antrag zuzustimmen. Man würde aber einen Sperrvermerk anbringen wollen, um sicher zu gehen, dass alle Nutznießer des Tierheimes sich angemessen an den Kosten beteiligen.

Eine Sprecherin der SPD-Fraktion äußert, sich dem Vorschlag der CDU-Fraktion anzuschließen. Die Verwaltung führt aus, dass der Betrag von 100.000,- DM das Ergebnis der geführten Gespräche sei. Die Anbringung eines Sperrvermerkes sei ein sinnvoller Vorschlag, da sich die Maßnahme ja noch ändern könne.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Produkt 1.3.12 - Gewerbeangelegenheiten -

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, dass unter GLOBALZIELE angegeben sei: "Steigerung des Freizeit- und Informationsangebotes". Hier könne es sich doch

nur um ein redaktionelles Versehen handeln. Er habe den Kämmerer auch bereits darauf hingewiesen.

Der Bürgermeister erklärt, dass das entsprechend bereinigt werde.

Produkt 2.1.21 - Kindertagesstätten -

Zu einer bereits bestehenden Zielvereinbarung beantragt der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Verwaltung möge in das Ziel einarbeiten, dass die Mindestversorgung von 90% im Kindergartenbereich gehalten wird. Dazu sei man auch gesetzlich verpflichtet. Daneben sollte gestellt werden, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung und den hier vor Ort tätigen Unternehmen das kommende Jahr nutzen wird, um das Thema "Betriebskindergarten" aufzugreifen mit einer ergebnisoffenen Prüfung.

Eine Sprecherin der SPD-Fraktion bittet darum, an dieser Stelle zunächst von dem Antrag Abstand zu nehmen, da man sich im Jugendhilfeausschuss gerade zu diesem Thema in einem Entwicklungsprozess befinde.

Nach weiterer Diskussion und Mitteilung des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Antrag heute aufrecht zu erhalten, da er zwar die Jugendhilfe, aber noch viel mehr die Wirtschaftsförderung betreffe und zum anderen eine Leistungsvereinbarung zum Haushalt heute beschlossen werde, bemerkt der Bürgermeister, dass der Projektauftrag angegangen werden könne, ohne das man Probleme bekomme. Die Zielvereinbarung sollte lauten: "Die Verwaltung wird sich fachbereichsübergreifend im kommenden Jahr intensiv bemühen, das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit den hier wichtigen ortsansässigen Unternehmen anzusprechen, insbesondere unter dem Blickwinkel Betriebskindergarten".

Dem so formulierten Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Produkt 4.1.31 - Bebauungsplanung -

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt als Zielvereinbarung für den Bereich Bleer Straße/Deichhinterland, dass als Entwicklungsziel eine naturnahe Freiflächenerhaltung mit Erholungsnutzung festgelegt wird. Das sollte als Planungsziel so festgeschrieben werden.

Der Beigeordnete führt dazu aus, dass der Antrag bereits im Planungsausschuss sehr umfangreich diskutiert worden ist. Der Antrag ist dort abgelehnt worden unter dem Gesichtspunkt, dass eine mögliche Erweiterung der Siedlungsstruktur in diesem Bereich nicht ausgeschlossen werden sollte.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion äußert, das Deichhinterland ziehe sich ja vom Schützenplatz bis hin zum Heilerberg. Wenn man das Gebiet teilen würde, könne man dem zum Teil zustimmen. Im Bereich Zaunswinkel werde man ggfls. langfristig bis zum Deich eine Bebauung haben. Sprecher der SPD-Fraktion betonen, dass das Deichhinterland eine gewisse besondere Bedeutung habe. Daher würde man es ausdrücklich begrüßen, wenn hier eine Bebauung ausgeschlossen werde.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion erklärt, dass es keinen konkreten Anlass gebe, darüber zum jetzigen Zeitpunkt lange zu diskutieren, ob dort Wohnbebauung stattfindet oder nicht. Das Problem stehe nicht zur Debatte.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass es nicht nur einen klaren Flächennutzungsplan für den Bereich gibt, sondern auch einen Landschaftsplan, der bezüglich der Nutzbarkeit dieser Fläche mehr als eindeutig ist. Insofern erübrige sich eine für ein Jahr geltende Zielvereinbarung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt dazu noch einmal, dass sich die Verwaltung doch darüber Gedanken machen sollte, wie es an der Stelle weitergeht.

Abstimmungsergebnis:

für den Antrag der Grünen = 6 Stimmen (5 SPD, Grüne)

dagegen = 9 Stimmen (BM, 7 CDU, MBM/F.D.P.)

Produkt 4.2.22 - Verkehrsflächen -

Ein Sprecher der CDU-Fraktion führt aus, dass man im Planungsausschuss 100.000 € für zwei Kreisverkehre an der Berghausener Straße im Haushalt einstellen wollte. Man sei dann aber im Fachausschuss zu der Überlegung gekommen, anstelle der 100.000 € die man für die Planung der Kreisverkehre ausgeben müsste, Personal einzustellen und die Planung im Hause zu machen. Die Verwaltung müsste dazu mehr sagen können.

Der Kämmerer äußert hierzu, dass es für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung eine Tischvorlage gibt, in der die Verwaltung vorschläge, für die Dauer von 3 Jahren befristet für die Planung verschiedener Projekte eine Person einzustellen und dafür die Mittel bei den Personalkosten zu etatisieren. Statt dessen solle der Antrag von 100.000 € auf 50.000 € reduziert werden, damit ein Kreisverkehr fremd vergeben werden kann. Die Fremdvergabe sollte aber schon sein, da man davon ausgehe, dass das Personal nicht vor dem 1.4./1.5.02 gewonnen werden könne, ein Kreisverkehr bis dahin aber schon planungsreif sein müsse. Der Bürgermeister fügt hinzu, es sei aber schon so zu verstehen, dass 50.000 € unter dem Produkt im Vermögenshaushalt etatisiert werden müssen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bemerkt, da der Vermögenshaushalt gleichzeitig mitberaten werde, habe er einen Punkt übersehen, der dem Vermögenshaushalt zuzuordnen ist. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport habe man von der Leitung der Grundschule Sandberg von den Problemen über die Beschaffung von neuem Mobiliar für Lehrerzimmer und dergleichen gehört. Jetzt habe er die Information bekommen, das zusätzlich 25.000 DM bzw. 12.780 € für die vernünftige Ausstattung mit Mobiliar erforderlich sind. Er schläge vor, diesen Betrag noch an der richtigen Stelle im Haushalt einzuordnen. Der Bürgermeister erklärt, das dieser Betrag bis zur Ratssitzung eingearbeitet werde.

Nach Abhandlung der einzelnen Produkte des Haushaltsbuches weist der Kämmerer auf die vor der Sitzung verteilte Liste über die gesamten Zuschüsse im Haushalt hin, von denen man als Verwaltung glaube, dass sie geeignet wären, künftig unmittelbar von der Stiftung getragen zu werden. Die Zuschussanträge können dann auch an die Stiftung direkt gestellt werden. Das wäre derzeit ungefähr ein Betrag von 150.000 €. Die Verwaltung würde dies Verfahren vorschlagen, um die Positionen nicht mehr im Haushalt zu haben.

Der Kämmerer fasst dann das Ergebnis der heutigen gesamten Beratung des Haushaltsbuches zusammen. Die Beratung ohne Berücksichtigung der drei Punkte des Spezialantrages der CDU-Fraktion habe dazu geführt, dass ein Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt von etwa 6.390.000 € entsteht, der durch den CDU-Antrag dann ja reduziert werde. Über das vom Kämmerer vorgeschlagene Verfahren hinsichtlich der Behandlung und Zahlung der freiwilligen Leistungen aus der Stiftung soll in den Fraktionen noch beraten werden. Ein Ergebnis soll bis zur Ratssitzung abgewartet werden.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2002 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er

- a) aufgrund eigener Zuständigkeit,
- b) aufgrund der Empfehlungen anderer Fachausschüsse,
- c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung,

beschlossen hat, angenommen.

Abstimmungsergebnis:

dafür 8 Stimmen (BM, 7 CDU)

dagegen 5 Stimmen (SPD)
Enthaltungen 2 Stimmen (Grüne,MBM/F.D.P.)

Ö 14. 2001/0572 Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2001 - 2005

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die von den Fachausschüssen und der Verwaltung vorgeschlagenen Ansatzänderungen des Vermögenshaushaltes 2002 werden unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen und soweit dieser sie dem Rat zur Beschlussfassung empfiehlt, in das der Finanzplanung der Haushaltssatzung 2002 zugrunde liegende Investitionsprogramm 2001 bis 2005 aufgenommen.

Das so zu berichtende Investitionsprogramm wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

dafür 9 Stimmen (BM, 7 CDU, MBM/F.D.P.)
dagegen 5 Stimmen (SPD)
Enthaltungen 1 Stimme (Grüne)

Ö 15. Mündliche Mitteilungen

Es gibt keine mündlichen Mitteilungen.

Ö 16. Mündliche Anfragen

Ö 16.1 Mündliche Anfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Pruin; "Beteiligung der Stadt Monheim am Rhein an den Ausschüttungen (Dividende) des RWE"

Ratsherr Pruin führt aus, dass es im Kreisausschuss die Anregung gegeben habe, der Stadt Monheim am Rhein den Betrag von 500.000,-- DM aus den Ausschüttungen im Zusammenhang mit der Sparkassenfusion vorzuenthalten. Er fragt, ob der Kreistag inzwischen eine Entscheidung getroffen habe.

Der Bürgermeister entgegnet, dass der Kreistag am kommenden Montag tagt. Er wisse nicht, wie die CDU-Fraktion und auch die F.D.P.-Fraktion reagieren. Nach seiner festen Überzeugung handelt es sich bei dem Betrag um eine gebundene freiwillige Finanzleistung. Er halte die geplante mögliche Kürzung für rechtswidrig, was ggfls. gerichtlich ausgefochten werden müsse.

Ö 16.2 Mündliche Anfragen der Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Ratsfrau Hengsberger; " 1. Sportstättenkonzept" " 2. Marke Monheim e.V." " 3. Skulpturenpark"

1. Ratsfrau Hengsberger fragt, wann eine offizielle Information der Ratsgremien über den Stand des Sportstättenkonzeptes erfolgt.
2. Der Presse habe sie entnommen, dass ein Ladenlokal als Büro für "Marke Monheim e.V." auf der Alten Schulstraße gegenüber dem Rathaus angemietet werden soll. Sie fragt, was für Überlegungen es in diese Richtung gibt.
3. Aus der Presse habe sie weiter entnommen, dass Informationsveranstaltungen für die Bürgerschaft zum Thema Skulpturenpark angedacht sind. Sie halte das für eine gute Sache, würde aber anregen, diese Veranstaltungen möglicherweise in der VHS oder auch hier im Saal stattfinden zu lassen. Sie könne nicht nachvollziehen, warum diese in der Kulturhandlung Liebe stattfinden sollen.

Der Bürgermeister erwidert, die Anregung zum dritten Punkt aufzunehmen. Die Ausstellung zum Skulpturenpark sei eine Veranstaltung im Rahmen des Gesamtkonzeptes EUROGA. Zum Sportstättenkonzept sei zu erwähnen, dass vieles noch nicht endgültig geklärt sei. Er hoffe, den zuständigen Ausschuss so rasch wie möglich über den Gesamtplan informieren zu können. Die Fraktionen könnten jedoch jederzeit den zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung einladen und sich Erläuterungen geben lassen. Für den Verein "Marke Monheim e.V." habe man beschlossen, dieses Informationsbüro einzurichten und zwar zusammen mit der MoNet. In der Tat sei angedacht, das Ladenlokal auf der Alten Schulstraße für einen kurzfristigen Zeitraum von ein bis eineinhalb Jahren anzumieten. Man wolle zunächst sehen, wie es läuft. Das ergebe auch kein großes finanzielles Risiko, zumal die MoNet die Kosten mittrage.

Ö 16.3 **Mündliche Anfrage des Ratsherrn Bosbach (CDU),
"Kegelbahnen im Haus der Jugend"**

Ratsherr Bosbach fragt, ob die Verwaltung etwas über den Zustand der zwei Kegelbahnen im Haus der Jugend sagen könne.

Die Verwaltung führt an, das ihr nichts negatives bekannt sei. Der Bürgermeister äußert, den Punkt aufzunehmen. Es soll in der Tat wohl Beschwerden geben. Die Anfrage werde dann schriftlich beantwortet.

Ö 16.4 **Mündliche Anfrage des Ratsherrn Senft (CDU);
"Verzeichnis der Rats- und Ausschussmitglieder "**

Ratsherr Senft äußert, dass man im November 1999 ein Verzeichnis über die Ratsmitglieder, sachkundigen Bürger, Ausschüsse etc. erhalten habe. Inzwischen hätte es unzählige Änderungen gegeben. Er fragt, ob ein neues Verzeichnis zur Verfügung gestellt werden könne.

Der Bürgermeister entgegnet, dass es im Januar ein neues Verzeichnis geben soll.

Ö 16.5 **Mündliche Mitteilung des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Rats-
Herr Dr. Müller;
"Sportstättenkonzept"**

Ratsherr Dr. Müller teilt mit, dass die CDU-Fraktion und sicherlich auch die anderen Fraktionen das Sportstättenkonzept auf CD erhalten hätten. Falls er zwei CD's habe, würde er gerne dem Bürgermeister eine davon abgeben.

Der Bürgermeister kündigt in diesem Zusammenhang nochmals an, er werde darauf schauen, dass sowohl bei dem Zielkonzept 2020 wie auch bei dem Sportstättenkonzept nicht nur ein

enormer informativer Vorbau geleistet wird, sondern nachher auch ein Papier da ist, was klare Handlungskonzepte aufzeigt. Im Augenblick sei vieles unübersichtlich.